

# Stellungnahme vom Flüchtlingscafe zu den Ereignissen bei der Göttinger Demo des "Bündnisses gegen Rechts" am 16. März 2024

Auf der Demo des "Bündnisses gegen Rechts" am 16. März kam es zu rassistischen Angriffen auf Aktivist\*innen der linken Palästina-Solidarität mit migrantischem Hintergrund. Die Students for Palestine haben dazu auf Instagram ein Reel und eine Stellungnahme veröffentlicht.

[View this post on Instagram](#)

A post shared by Students for Palestine Göttingen (@studentsforpalestine\_goe)

Das **Flüchtlingscafe Göttingen** verurteilt diesen Angriff zutiefst! Wir bedauern es sehr, wie das "Göttinger Bündnis gegen Rechts" nach der Musik der herrschenden staatlichen Propaganda tanzt.

Der deutsche Staat betreibt seit Monaten eine medial breit flankierte rassistische Kampagne unter Deckmantel eines vorgeblichen "Kampfes gegen Antisemitismus".

Während der israelische Staat den Bewohner\*innen des größten Freiluftgefängnisses der Welt, Gaza, die Lebensgrundlagen systematisch entzieht und zwei Millionen Menschen mit abertausendfachen Tod bringenden Bombardements überzieht, hat sich in Deutschland eine reaktionäre nationale Einheit hinter den Staat Israel gestellt. Sie versteht und inszeniert sich dabei als "Verteidigerin der westlichen 'Zivilisation'" und gibt vor, damit "jüdische Leben" schützen zu wollen. Dass in den vergangenen Tagen selbst Mitglieder der Bundesregierung die israelische Regierung zur Mäßigung aufforderten, ist pure Heuchelei, denn von Deutschland gelieferte Waffen und Militärlogistik werden weiterhin für den Massenmord an palästinensischen Zivilist\*innen durch das israelische Militär eingesetzt. Und andererseits versuchen mittlerweile auch deutsche Politiker\*innen ihre Tatbeteiligung an genozidalen Handlungen bzw. an Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu vertuschen, die ihnen aktuell vor internationalen Strafgerichtshöfen vorgeworfen werden.

Leider reicht die reaktionäre Einheit bis in links liberale und auch sich immer noch linksradikal verstehende bzw. linksradikal gebärdende Kreise hinein.

Dabei nimmt auch hierzulande die Repression gegen die palästina-solidarischen Menschen und gegen die, die als palästina-solidarisch wahrgenommen werden, von Tag zu Tag zu. Nicht einmal Wut und Trauer über die Massaker öffentlich zu äußern und dabei die Täter\*innen anzuklagen, wird diesen Menschen noch zugestanden.

Wir sagen: Die Fortsetzung einer Politik, die seit Jahrzehnten ethnische Säuberungen betreibt, und diese mittels der Besatzungspolitik und mittels der Siedlungspolitik und anderen Landraubes in den besetzten Gebieten ständig weiter eskaliert, wird niemals ein friedliches Zusammenleben zwischen sich palästinensisch verstehenden Menschen und sich israelisch verstehenden Menschen hervorbringen können. Und den Aussagen führender israelischer Politiker\*innen zufolge, war dies von ihnen in den letzten Jahrzehnten und auch für die Zukunft ohnehin nie beabsichtigt worden.

Solange diese Besatzung herrscht und aufrecht erhalten wird, wird es Widerstand dagegen geben - auch in Europa und auch in Deutschland. So gilt unsere Solidarität den unterdrückten

palästinensischen Menschen, denen Grundrechte abgesprochen werden und denen das Recht auf Protest genommen wird. Die Repression in Deutschland zeigt sich in vielen Verhaltensweisen gegen Palästinenser\*innen und palästinensisch gelesene Menschen: körperliche Gewalt, Einschüchterung, Arbeitsplatzverluste oder Androhungen derselben, Kontrollen, Festnahmen, Strafanzeigen, nächtliche Hausdurchsuchungen, Auflösungen von Versammlungen und öffentliche Stigmatisierung.

Das Vorgehen richtet sich in seiner Mehrheit gegen Migrant\*innen und geht hin bis zu Abschiebebedrohungen. Dabei werden in pauschaler Weise alle mit Palästina solidarischen Menschen mit Antisemit\*innen und/oder Islamist\*innen gleichgesetzt, egal ob und wie sehr sie sich von Hamas und Co. distanzieren.

Mit einer Darstellung der Palästina-Solidarität als antisemitisch und demokratiefeindlich, wie sie auch die Demoleitung des Göttinger "Bündnisses gegen rechts" am vergangenen Samstag hier in Göttingen mit betrieben hat, wird der von staatlicher Seite betriebene Rassismus gegen muslimisch und arabisch gelesene Migrant\*innen gestützt und gefördert. Tatsächlich gibt es mehrere islamistische Gruppen, die die seit dem neuen Gaza-Krieg wachsende Solidarität mit palästinensischen Menschen ausnutzen machen wollen. Doch die pauschale Verallgemeinerung, dass alle pro-palästinensischen Versammlungen und Demonstrationen Horte des Islamismus seien, ist schlichtweg falsch. Allerdings fallen derartige Behauptungen und Begründungen auf fruchtbaren Boden, schließlich propagierten faschistische und rechte Akteur\*innen seit Jahren in Europa den "Untergang des Abendlandes" durch Zuwanderung muslimischer Menschen (PEGIDA, AfD, und Teile aller übrigen Bundestagsparteien). Und aufgrund des leider immer noch allzugut funktionierenden Sündenbock-Prinzips wird die historische Verantwortung der deutschen Bevölkerung für den eliminatorischen Antisemitismus im Holocaust auf alle arabischen Menschen projiziert - es sei denn, auch sie unterstützen ausdrücklich die aktuelle israelische Kriegsführung.

Deutsche Medien wie auch all zu viele linke Gruppierungen zeigen mit dem Finger auf jede Parole einer palästinensischen Demo, die irgendwie antisemitisch ausdeutbar sein könnte, „vergessen“ aber die Diskriminierung, Unterdrückung und Gewalt, die von der israelischen herrschenden Klasse gegen die palästinensischen Menschen seit Jahrzehnten ausgeübt und immer weiter ausgebaut wird, wie sie die palästinensischen 35.000 Menschen "vergessen", die innerhalb der letzten 5 einhalb Monate massakriert wurden. Und sie "vergessen" die zehner- oder auch hunderttausenden Bewohner\*innen von Gaza, denen Jahren an Lebenserwartung in Folge der israelischen Kriegsführung genommen werden. Und sie "vergessen" die abertausende von Menschen, die durch die israelische Kriegsführung schwerst traumatisierten wurden und weiterhin werden, und auch "vergessen" sie all das Mitleiden der Angehörigen dieser Menschen in der palästinensischen Diaspora. Wie geht das? Wie können sich Linke, die einmal für die Gleichheit einstanden, sich derart selektiv solidarisch nur mit der jüdisch-israelischen Gesellschaft verhalten? Und obendrein so tun, als ob ihre eigene Kriegsbefürwortung von allen jüdischen Menschen, ob israelisch oder anderer Nationalität, geteilt würde? Welche Gehirn- und Gefühlsmassage in antideutsch geprägten Uni-Szenen, Buchverlagen, NGOs und Kultureinrichtungen kommt hier zum Tragen? Welche Denkverbote, Fühlverbote und Schweigebote innerhalb der Linken werden hier kontinuierlich und massiv von den Protagonist\*innen dieser Szene durchgesetzt?

Es kann nie darum gehen, dass Leiden der israelisch-jüdischen Menschen zu vergessen, die Opfer des Terrors von Hamas wurden, oder es in Abrede zu stellen oder zu relativieren. Es kann nicht darum gehen, eine reaktionär-islamistische Organisation wie Hamas zu Befreiungskämpfer\*innen zu stilisieren und darüber hinweg zu gehen, welche innerpalästinensische Repression und welche Massaker von dieser Organisation verübt wurden.

Wir sind enttäuscht und entsetzt darüber, dass die staatlichen Repressionen gegen die Palästina-Solidaritätsbewegung und gegen die 'pro-sofortigen-und-dauerhaften-Waffenstillstand'sbewegung nun in Göttingen auch durch linksliberale bis linke Bündnisse aufgegriffen und ausgeübt werden.

Wir finden es auch in hohem Maße widerwärtig wie sich Einzelpersonen der antideutschen/'israel-solidarischen' Szene in Funktionspositionen der Organisation eines sich antifaschistisch begreifenden Bündnisses begeben, um dann ihre Stellung dafür zu missbrauchen, rassistische und antimuslimische Diffamierung und den Ausschluss von Mitdemonstrierenden zu betreiben und gleichzeitig jeglichen Protest gegen die rechtsradikalen und faschistischen Parteien, die die Mordpolitik der israelischen Regierung mitbestimmen, zu unterbinden. Wenn die derart geprägte Demoleitung dazu aufhetzt, die Parole "Deutschland finanziert, Israel bombardiert" von den anderen Demoteilnehmer\*innen spontan als "antisemitisch" bewerten zu lassen und von der Demo auszuschließen, zeigt dies gleich mehrere Dinge: 1. Die Personen verfügen über demagogisches Handwerkszeug. 2. Sie haben die Machtposition und das Backing anderer Bündnisteilnehmer\*innen, diese Demagogie in die Praxis umzusetzen. 3. Sie versuchen den Realitätsgehalt der in der Parole getroffenen Aussage nicht nur für den Moment in Abrede zu stellen, sondern vielmehr dauerhaft zum Tabu zu machen, da ja in Gemeinschaft befunden worden wäre, dass die Parole "tatsächlich" antisemitisch sei. 4. Sie verschließen selbst die Augen vor der Realität. 5. Sie sind derart eingewoben in kolonial-rassistische Verhältnisse, dass sie zu keinem selbstkritischen Innehalten bereit oder in der Lage wären, was sie daran hindern könnte, rassistische Vorstellungen auf einer Antifa-Demo zu propagieren. 6. Sie beteiligen sich aktiv an der Ausgrenzung arabischer und muslimischer Menschen und solcher, die so gelesen werden, wenn diese es wagen, auf einer antifaschistischen Demonstration gegen faschistoide und massenmörderische (wenn nicht genozidale) Praktiken der israelischen Regierung zu protestieren. 7. Sie denunzieren die Positionen jüdischer Menschen, die sich mit dieser Form pro-palästinensischen Widerstands solidarisieren, als antisemitisch. 8. Sie bekräftigen den Anspruch auf Weisheit und Erkenntnis und vor allem den Anspruch auf die Definitionsmacht darüber, was Antisemitismus ausmacht, auch wenn diese Definition auch unter jüdischen - wie auch unter nicht-jüdischen - Antisemitismusforscher\*innen umkämpft ('umstritten') ist je nach Identifikation mit der Verfasstheit des israelischen Staates.

Wäre die Kritik an den genannten Parolen stichhaltig, hätten wir kein Problem damit, denn auch Antisemitismus darf keinen Raum auf linken Demos erhalten.

Leider gibt nach unserer Auffassung einen blinden Fleck in der Theorie bzw. im Geschichtsverständnis einiger Linker. Das „Selbstverteidigungsrecht“ Israels, in der Form, wie es diesem Staat zuerkannt wird, bedeutet in der Praxis das Recht, Landraub, systematische Entrechtung und rassistische Diskriminierung von Millionen Palästinenser\*innen und auch den gegenwärtigen Massenmord an ihnen im Krieg zu akzeptieren.

Ein "Selbstverteidigungsrecht der Palästinenser\*innen" kann es bei den Anhänger\*innen der selektiven Logik nicht geben. Haben palästinensische Menschen denn kein Recht, sich gegen Zwangsräumungen aus ihren Häusern in Jerusalem, gegen die Zerstörung ihrer Häuser, Läden und Moscheen und gegen den Bau von Siedlungen, Mauern und Zäunen in den palästinensischen Gebieten zu wehren?

Stell dir vor: Ein\*e Siedler\*in kommt zu dir und behauptet: Dieses Stück Land wäre das seine/ihre und dein Grundstück sei auch sein/ihr Land. Weil ihre Vorfahren aus der Ethnie bzw. religiösen Zugehörigkeit, mit der sie sich identifiziert, ungefähr in der Region vor mehr als 2.000 Jahren gelebt haben würden. Den/die Siedlerin interessiert dabei nicht, wie und ob du deinen Lebensunterhalt ohne das Land bestreiten kannst. Jeglicher Widerstand gegen die Landnahme der Siedler\*innen führt zu gesetzlichen Zwangsmaßnahmen.

In deutschen Medien wird Vokabular gesucht und benutzt, um Konflikte und Kriege zu rechtfertigen: Wer hat als erstes angefangen? Obwohl die palästina-solidarischen Menschen, die in Göttingen demonstrierten, zum wiederholten Mal die schockierenden Verbrechen der Hamas am 07. Oktober 23 wie auch ihre Täter verurteilt haben, interessiert sich die deutsche Öffentlichkeit dafür nicht. Auch, worum es eigentlich geht in diesem Konflikt, wird ignoriert. Wenn wir den Palästina-Israel-Konflikt zusammenfassend betrachten wollen, kommen wir nicht darum herum, lange und verschlungene Wege zu beschreiten, was wir hier nur andeuten können: Die Gründung des Staates Israel besaß im Kern eine kolonialistische Dimension, sie war eine Art von rassistischen Motiven mitbestimmter Siedlungspolitik im 20. Jahrhundert, die ohne den eliminatorischen Antisemitismus der Deutschen und den Antisemitismus in den Staaten, die jüdische Geflüchtete hätten aufnehmen können, und ohne die damalige geopolitische Situation, nicht zu verstehen ist. Als Siedlerinnen-kolonialistische Unternehmung beruhte die Staatsgründung auf der Vertreibung von über 80% der indigenen palästinensisch-arabischen Bevölkerung im britischen Protektoratsgebiet Palästina. Bis heute wird dieser Prozess der Vertreibung weiter getrieben. Palästinenser\*innen innerhalb des israelischen Staatsgebiets sind tagtäglich mit rassistischer Diskriminierung konfrontiert. Diese Diskriminierung ist in zahlreichen Gesetzen festgeschrieben und in der Architektur der israelischen Rechtsprechung fest verankert. Dies geschieht nicht seit dem 07. Oktober 2023, sondern über acht Jahrzehnte hinweg - unter weitgehendem Schweigen der Linken in Deutschland.

Wir wissen, dass auch Teile der Linken in Deutschland antisemitische Positionen vertreten haben und manche dies auch heute noch tun. Es kann uns nicht darum gehen, Partei für eine Ethnie oder eine Religion zu ergreifen. Es darf nicht sein, dass wir als radikale Linke Rassismus bekämpfen, und dabei Antisemitismus Vorschub leisten, genauso wenig wie es sein darf, dass wir Antisemitismus bekämpfen und dabei Rassismus Vorschub leisten. Wir müssen uns darum bemühen, nicht in die Fallstricke ethnisch-religiöser Logiken hinein zu geraten. Vielmehr müssen wir die Möglichkeiten erkennen, die Kriegslogik zu untergraben. In einer Zeit, in der auch in Deutschland Krieg und Militarismus normalisiert werden wie seit vielen Jahrzehnten nicht mehr, in einer Zeit, in der "der Westen" Waffen an Israel, die Türkei, Ägypten und andere kaufwillige Staaten liefert und gleichzeitig über die angebliche Wahrung von Menschenrechten spricht.

Bündnis gegen die Logik des Krieges, Göttingen

Flüchtlingscafe Göttingen